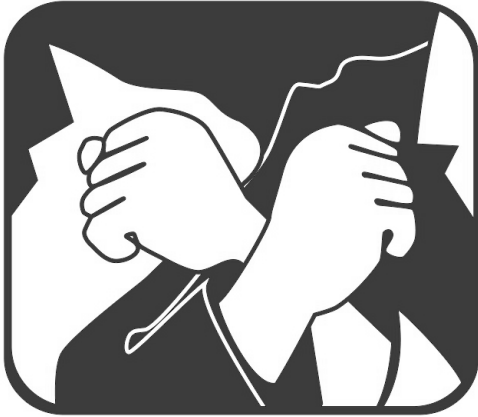


TRZ - Thüringer Rote Hilfe Zeitung

Mitteilungen der Roten Hilfe Erfurt, Jena und Weimar _____ #01 - Ende 2012



Die Rote Hilfe ist eine Solidaritätsorganisation, die politisch Verfolgte aus dem linken Spektrum unterstützt. Menschen, die als Linke wegen ihres politischen Handelns mit Repression belegt, angeklagt und/oder vor Gericht gestellt werden, versuchen wir politisch, finanziell und vor allem mental beizustehen. Ebenso gilt unsere Solidarität und praktische Unterstützung denen, die sich im Kampf mit bzw. gegen die deutsche Asylgesetzgebung befinden.

Als Thüringer Ortsgruppen in Jena, Weimar und Erfurt haben wir uns zusammengefunden, um im vorliegenden Medium, der Thüringer Rote Hilfe Zeitung, eine Plattform zu schaffen, die auf Repressionsfälle unserer Region aufmerksam macht. Dadurch erhoffen wir uns, Debatten anzustoßen und auch von politischen Kämpfen anderswo zu berichten. In dieser, unserer ersten Ausgabe findet ihr daher Texte zur drastischen Polizeigewalt in Weimar, zum rassistischen Umgang der Universität Jena mit nicht-deutschen Studierenden, weiterhin eine Dokumentation leider „alltäglicher“ Repressionsfälle, eine Anregung für eine innerlinke Auseinandersetzung zur Parole „A.C.A.B.“, sowie die Übersetzung eines Briefs kämpfender griechischer Genoss*innen. Feedback jeglicher Art begrüßen wir.

Schwere Polizeigewalt in Weimar

Rote Hilfe, Weimar

Am Donnerstag, den 19.04.2012, wurden am späten Abend in Weimar vier Menschen Opfer von erheblicher institutioneller sowie persönlicher Gewalt, die von Polizistinnen und Polizisten der örtlichen „Wache“ bis in die Morgenstunden ausgeübt wurde.

Unmittelbar vor ihrer Wohnung hielten gegen ein Uhr nachts zwei Polizeiwagen, in die die betroffenen Personen unter Anwendung von Schlägen jedoch *ohne* Angabe von Gründen hineingezwungen wurden. Die ersten Schreie fielen.

Auf dem Revier wurden sie getrennt und mussten sich ausziehen, zwei von ihnen bis auf die Haut. Dabei wurden Polizisten handgreiflich. Es wurde an den Haaren gezogen, Piercings mussten abgenommen werden und teilweise zertrümmerte Beamte diese einfach heraus. Dazu drangen die Schreie von anderen Personen der Gruppe zu den jeweils Einzelnen, die mehr und mehr in Angst und Schrecken versetzt wurden.

Die Aussagen der gewalttätigen Täterinnen und Täter in legitimierender Uniform erstreckten sich auf:

„Dir geht es noch viel zu gut in Deutschland!“

„Ihr werdet euch wünschen, nicht geboren zu sein.“

„Ein Wunder, dass du die Regelschule geschafft hast bei deinem mickrigen Hirn.“

„Wir kriegen euch klein.“

„Ich sorg dafür, dass du hinter Gitter kommst.“

Sie wurden geschlagen, angespuckt und in Einzelzellen gebracht. Eine Person wurde am Oberarm gefesselt und wie eine andere auch ins Gesicht geschlagen. Ein Beamter zog sie durch die Zelle, hin und her bis sie sich eine armlange Wunde zuzog, die unverstärkt blieb.

Es war kalt, einsam und brutal. Ein Polizist wollte einer betroffenen Frau, die er zuvor geschlagen hatte, auf die Toilette folgen, wurde diesmal von einem anderen daran gehindert, weiter übergriffig zu werden.

Wieder waren für manche die Schreie der Anderen zu hören.

Nach *dieser* Nacht fanden am Morgen gegen 9:30 Uhr die Verhöre statt. Das erste Mal fielen Anschuldigungen: Eingriffe in den Straßenverkehr, Sachbeschädigung, Graffiti und auch Widerstand gegen das in der Nacht Geschehene...

Erst nach der Freilassung am späten Vormittag konnte der eine Mensch seine Verletzung im Krankenhaus behandeln lassen.

(Fortsetzung auf S. 2)

Inhalt:

Solidarität mit Thomas S. 2

Soldaten sind Schweine S. 4

Widerstand gegen die Staatsgewalt S. 4

Rassistische Uni Jena S. 5

Kritik der Parole A.C.A.B S. 7

Anquatschversuch in Jena S. 8

Über die griechischen Straßen S. 8

Kein Bock auf Dienstnummern S. 9

Die alltägliche Unterdrückung S. 10

Triumph der Provinz? S. 11

TRZ

EDITORIAL

Rote Hilfe Erfurt, Jena
und Weimar

rhweimar.blogspot.de
rotehilfjena.blogspot.de
rotehilfeerfurt.blogspot.de

REPRESSION IN WEIMAR

Schwere Polizeigewalt in Weimar

Fortsetzung von der Titelseite

Rote Hilfe, **Weimar**

Neben der Folter und den beschriebenen Beleidigungen gegen Geschlecht, vermutete Herkunft und Existenz, erwähnten die gewaltsamen Polizisten auch immer wieder eine gewisse A. und einen gewissen F.: „Wir kriegen euch klein wie A. und F.“, hieß es.

An was hier „erinnert“ wird, ist die Hetzjagd auf den „Weimarer Feuer-teufel“, die von 2006 an vier Jahre lang dauerte. Anlass boten die bisher ca. 70 Containerbrände und das Anzünden von Autos im Dezember 2009. Die Presse skandalisierte und keifte. Ein Schuldiger musste gefun-

den werden und die Polizei ergriff jemanden, den sie in den folgenden Jahren auch nicht wieder loslassen sollte. Ein halbes Jahr Untersuchungshaft, Hausdurchsuchungen und Vorverurteilungen in Medien und Öffentlichkeit. Obwohl es nie zu einer Verurteilung kam, Anja und Felix also als unschuldig zu gelten haben, ging die allseitige Repression weiter. Bei neuen Vorfällen wurde das Konstrukt „Feuerteufel“ aufgegriffen und immer wieder mit den beiden Menschen in Zusammenhang gebracht.

An Ostern 2010 begingen Anja und Felix Selbstmord.

Eine Begebenheit, an die die Wei-

marer Polizei sich anscheinend ohne Skrupel zu erinnern weiß.

Die Ereignisse vom 19.04.2012 sprechen für sich. Es bleibt der Aufruf zur Unterstützung: Infoveranstaltungen, Solikonzerte und Spenden für die anstehenden Verfahren. *Seid solidarisch mit den Betroffenen!*

■
(Eine etwas detailliertere politische Einordnung findet sich im Text: „Die Gewalt und ihre Grenzen - Ein Bericht über einige Vorfällen in Weimar“*, auf den hier verwiesen sei.)

* <http://rhweimar.blogspot.de/2012/11/01/die-gewalt-und-ihre-grenzen/>

REPRESSION IN ERFURT

Solidarität mit Thomas

Antifaschismus ist notwendig, nicht kriminell

Thomas Soligruppe, **Erfurt**

Redebeitrag der Thomas Soligruppe gehalten auf der Demonstration „Der Frust muss raus! Konsequenz handeln gegen Nazis, Rassismus und staatliche Repression!“ am 13. Oktober 2012 in Erfurt.

Am 15. Juni 2012 feiert das Bildungskollektiv „BiKo e.V.“ sein zehnjähriges Bestehen in den Räumlichkeiten der Offenen Arbeit Erfurt in der Allerheiligenstraße 9. Gegen 2 Uhr greifen ca. 20 bewaffnete Nazis unter „Zecken“-Rufen sich auf dem Heimweg befindende Personen an. Anschließend werden auch das Gelände der Offenen Arbeit und die dort anwesenden Personen attackiert. Mehrere Menschen werden durch Faustschläge verletzt, eine Person erleidet nach einem Flaschenwurf Schnittverletzungen am Kopf. Nur das besonnene Handeln der Gäste verhindert Schlimmeres. Die anrückende Polizei drängt die Nazis ein Stück ab und versucht die Situation - ihrer Meinung nach - unter Kontrolle zu

bringen. Dies wollen sie u.a. durch die Erstürmung des Geländes der Offenen Arbeit erreichen. Was nun folgt, steht symptomatisch für den Umgang von Polizei und Behörden mit Betroffenen von Naziübergriffen: In das Visier der Staatsmacht gerät ein Betroffener des Übergriffs. Thomas soll mehrere Nazis mit Pfefferspray verletzt haben. Seine Personalien werden aufgenommen und es wird Anzeige wegen gefährlicher Körperverletzung erstattet. Im Nachgang spricht die Polizei gegenüber der Lokalpresse von einer „Auseinandersetzung zwischen zwei Gruppen“. Was von Amtswegen in der Öffentlichkeit bekanntgegeben wird, erinnert an eine vermeintlich harmlose Auseinandersetzung zwischen nicht näher beschriebenen Beteiligten.

Der politische Hintergrund des Übergriffs wird verschwiegen - der menschenfeindliche Hintergrund der eigentlichen Täter*innen verdrängt. Ein Betroffener des Naziüberfalls wird zum Täter gemacht. Der polizeiliche

Auftrag, Ordnung und Sicherheit auf Erfurts Straßen herzustellen und zu wahren, findet seinen Gegenstand in der Repression politisch Unliebsamer. Hier geht es nicht um Thomas als Einzelperson, angesprochen sind alle Menschen, die nicht in das Bild von Stadt, Ordnungsbehörde und Polizei passen, da sie sich in bestimmten Situationen „anders“ verhalten. Die Reaktion von Stadt und Behörden auf diese Zustände sprechen eine ganz eigene Sprache: Übergriffe werden heruntergespielt und entpolitisiert - solange wie möglich wollen sich jene davor bewahren, in der Öffentlichkeit ein „Problem mit rechts“ einzugestehen. Dazu ist es notwendig, Betroffene selbst zu Täter*innen zu machen, indem ihr Handeln als ursächlich für Übergriffe gewertet wird. „Nennt sie nicht Nazis, das könnte sie provozieren.“ So oder so ähnlich muss die Aussage eines Polizisten gegenüber den von einem Naziübergriff betroffenen internationalen Studierenden geklungen haben. Hier zeigt sich,

was wirklich geschützt werden soll: Nicht etwa das „Ehrgefühl“ einer Person, die sich durch die Beleidigung gekränkt sieht, sondern die Stadt will nicht als Brutstätte faschistischer Ideologie erkannt werden. In Erfurt will man seine Bürger*innen nicht als „Nazis“ beschimpft wissen, aus Angst davor, selbst zum Gegenstand der Kritik zu werden. Rassismus und Nationalismus der „demokratischen“ Mehrheit werden als solche gar nicht wahrgenommen, vielmehr reproduziert. Aus dieser Perspektive heraus erklärt sich auch, warum Nazis in Erfurt problemlos zu Kundgebungen und Demonstrationen - auch ganz spontan - aufmarschieren können, während antifaschistische Aktionen behindert, mit Auflagen übersät und meist von einem völlig überzogenen Polizeieinsatz begleitet werden: Der ausgemachte Feind der bürgerlichen Gesellschaft, steht wie in der Vergangenheit so auch heute noch, links. Kritiker*innen einer Gesellschaft, die Nazis und Rassist*innen als deren notwendiges Produkt betrachtet und die derzeitige parlamentarische Demokratie als eine Verwaltung des immer wieder hergestellten Elends analysiert, werden als Störenfriede und Nestbeschmutzer identifiziert. Diejenigen, die auf Unvernunft und Unmenschlichkeit aufmerksam machen, werden zum eigentlichen Problem erklärt.

Wenn wir zu Täter*innen gemacht werden, wird der Rechtsstaat gegen uns in Stellung gebracht.

Nützliches politisches Vehikel dafür ist die Extremismustheorie, die die „politischen Feinde“ der „bürgerlichen Mitte“ identifiziert und versucht, diese gesellschaftlich auszuschließen. Das zur Bezeichnung gebrauchte Label „linksextremistisch“ reicht aus, um Positionen zu stigmatisieren, mit deren Inhalten man sich aber nie auseinandersetzt. Uns geht es nicht um Anerkennung, sondern um eine wehrhafte Position der Kritik, welche Stachel in den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen bleiben will. Wir können in unserem politischen Kampf nicht auf ein Unterstützung von Behörden oder Polizei setzen, denn diese sind Teil

des Problems. Damit den Naziaktivitäten dennoch etwas entgegengesetzt werden kann, müssen wir einerseits einen Selbstschutz vor Übergriffen praktizieren und andererseits gegen die repressive Zuschreibungslogik der behördlichen Organe agieren. Um unsere Handlungsmöglichkeiten zu erhalten - die Handlungen, die effektiv und dauerhaft gegen Nazis und deren Aktivitäten vorgehen, sie bekämpfen und verdrängen - können wir nicht mit Institutionen und Behörden zusammenarbeiten. Wir werden uns weder zu Tatbeständen äußern noch offen mit unserer Identität agieren, da die Behörden und staatlichen Organe ein Teil der Problematik sind: Wir machen in keinem Fall Aussagen zu unserem politischen Engagement und unseren Zusammenhängen. Wir sind solidarisch mit all jenen, die aufgrund dieses Engagements unter Repression leiden müssen. Dazu gehört die unterstützende Öffentlichkeitsarbeit, die auch im Fall von Thomas wieder Wirkung gezeigt hat. Die Anzeige gegen ihn wegen gefährlicher Körperverletzung wurde von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Wir werten dies einerseits als eine positive Nachricht, weil der Druck gegen ihn in dieser Sache gelöst wurde, andererseits ist diese Einstellung kein eindeutiges Statement der Staatsanwaltschaft. Warum dieses Verfahren eingestellt wurde, ist nicht klar. Der Tatvorwurf bleibt im Raum, denn ein Freispruch, welcher Thomas auch in der Öffentlichkeit von der Täterschaft freispricht, ist nicht gefallen. Thomas bleibt weiterhin potentieller Täter, obwohl er selbst Betroffener des Naziübergriffs war. Die repressive Strategie der Polizei hat in dieser Hinsicht funktioniert, denn Thomas rückte in den Fokus der Staatsanwaltschaft und seine und unsere Kräfte müssen sich auf die Abwehr staatlicher Repression konzentrieren - Zeit, die wir hätten anders nutzen können. Wie so oft, sind wir dazu gezwungen, auf diese repressive Logik zu reagieren. Unser Handeln ist wieder mal nur Reaktion, vielmehr sollte es jedoch selbstbestimmt, auf die Abschaffung dieser Gesellschaft gerichtet sein. Wie der Staat und seine Repressionsorgane zwingen uns auch die Nazis zum konkreten Reagieren, das heißt Eingreifen. Was bleibt also

in dieser Situation in Erfurt zu tun? Aktionen gegen Nazis sind schon aus Selbstschutz unerlässlich. „Kein Fußbreit den Faschisten!“ lautet eine alte Parole, die immer noch Gültigkeit besitzt. Nehmen wir Nazis die Räume, ob auf Demonstrationen oder in der Kneipe! Sicher ist jedoch auch, dass wir dabei nicht stehen bleiben dürfen: Es gilt, die Bedingungen anzugehen, unter denen Nazis gedeihen können. Dafür müssen wir scharfsinnige Analysen leisten, die den Zusammenhang von bürgerlicher Gesellschaft, ihren neonazistischen Abkömmlingen, autoritären Verfahrensweisen und einer kapitalistischen Produktionsweise erhellt. Wir müssen weiter unsere eigene Position und Verstricktheit in gesellschaftliche Verhältnisse reflektieren und erkennen. Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus und Sexismus müssen wir überall dort entgegengetreten, wo sie uns begegnen. Daran schließt sich die Entwicklung von praktischen Handlungsweisen an, die wir miteinander leisten sollten. Neben den grundlegenden Fragen danach, wie wir mit staatlichen und neonazistischen Übergriffen umgehen und wie wir in die Konstitution dieser Phänomene eingreifen können, ist unser Beitrag ein Aufruf für das Eintreten zugunsten einer solidarischen Gesellschaft, und zugunsten all jener, die aufgrund dieses Engagements unter Repression leiden müssen.



Wir sind solidarisch mit Thomas und allen anderen von rechter Gewalt und staatlicher Repression Betroffenen!

Mit unserem Aufruf bleibt der Versuch der Kriminalisierung von kritischem antifaschistischem Engagement nicht unwidersprochen!

REPRESSION IN JENA

Soldaten sind Schweine

Rote Hilfe, Jena

Am 2. November 2011 versuchte der Reservistenverband mit einem Infostand auf dem Campus der Friedrich-Schiller-Universität auf sich aufmerksam zu machen und neue Mitglieder unter den Studierenden zu rekrutieren. Erfreulicherweise wurde dem Treiben der Elitekrieger keine nennenswerte Aufmerksamkeit zu Teil und die Nachwuchs-Rekrutierung blieb erfolglos.

Einige Menschen protestierten öffentlich gegen die Veranstaltung und forderten die Leitung der Uni dazu auf, derartigen Veranstaltungen keine Bühne zu bieten. In einer Verlautbarung des StuRa heißt es etwa: „Wir begrüßen die desinteressierte Haltung der Studierenden gegenüber militärischen Institutionen wie dem Reservistenverband. Allerdings gehört dieser gar nicht auf den Campus und auch sonst an keine zivilen Orte.“ (*)

Weiterhin schrieben mehrere Genoss_innen mit Kreide auf die Steine des Campus „Soldaten sind Mörder“. Das veranlasste die anwesenden Kämpfer der lokalen Karnevals-Truppe den Spruch zu „Soldaten sind mörderisch gut“ abzuändern. Vom Stumpfsinn der Reservisten provo-

ziert, ließ sich eine Genossin dazu hinreißen „Soldaten sind Schweine“ in großen Lettern auf den Platz zu schreiben.



Im Mai 2012 erhielt die Genossin Post. Eine Vorladung der Staatsanwaltschaft wegen Beleidigung in sieben Fällen: Natürlich konnte der Reservistenverband Jena die „Beleidigung“ der Genossin nicht einfach hinnehmen und so erstattete man Anzeige und zeigte sich gewohnt „ehrverletzt“ von den Kreideschriftzügen.

Nach einem öffentlichen Aufruf gelang es, einige solidarische Menschen zu mobilisieren, die die Genossin zum Gerichtstermin begleiteten. Doch natürlich hatte auch der Reservisten-

verband sich gut auf die Verhandlung vorbereitet und so erschienen ca. 10 „Kameraden“ - herausgeputzt mit allem was die Kostüm-Kammer des deutschen Heeres hergab - zur Verhandlung. Siegesgewiss marschierte man im Gerichtssaal ein. Voller Begeisterung und mit einstudiertem Hackenschlag meldeten sich aus den Reihen der Reservisten noch weitere potentielle Zeugen. Umso enttäuschter zeigten sie sich, als der Richter auf die Vernehmung der Zeugen verzichtete. Stattdessen wurde die Genossin dazu aufgefordert, ihre Äußerungen zu erklären. Anschließend erklärte der Richter, dass „Soldaten sind Mörder“ natürlich zur Genüge von höheren Instanzen beurteilt wurde und keine Beleidigung darstellt. Problematisch sei hingegen die Aussage „Soldaten sind Schweine“.

Und so wurde schließlich - mit erhobenem Zeigefinger und der Bitte um einen angemessenen Diskurs - der Prozess gegen Auflage von Arbeitsstunden eingestellt. Sichtlich bestürzt über das mangelnde Mitgefühl des Richters für die zutiefst in ihrer Ehre gekränkten Karnevallisten, trat der Reservistenverband den Rückzug an. ■

* www.jenapolis.de/2011/11/stura-der-fsu-jena-reservisten-wegtreten/

POSITIVES RECHT

Widerstand gegen die Staatsgewalt

Über die Verschärfung des §113 StGB

Rote Hilfe, Weimar

Vielleicht nahezu unbemerkt wurde Ende letzten Jahres zum 6.11.2011 eine in vielerlei Hinsicht bemerkenswerte Verschärfung des §113 (Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte) im Strafgesetzbuch etabliert.

Neben den laufenden und äußerst nötigen Anti-129a-Kampagnen (Bildung einer terroristischen Vereinigung), die an besonders bekannten Fällen (mg, Dresden, Jena ...) eine breite Öffentlichkeit gegen staatlich mächtige Vorfeldverfolgung zu sensi-

bilisieren suchen, ist die Ausweitung des Strafmaßes beim Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte ein guter Anlass, die alltägliche kriminalisierende Praxis und verschleiernde Tendenz staatlicher Gewaltausübung im §113 zu rekapitulieren.

Inhalt

Zunächst wurde die obere Grenze für eine Bestrafung beim Widersetzen gegen Polizisten, Soldaten und andere staatliche Vollstrecker von zwei auf

bis zu *drei* Jahre erhöht. Für den schwereren Fall (bestraft mit 6 Monaten bis 5 Jahre) genügt nun auch das pure Beisichführen eines *gefährlichen Werkzeugs* mit irgendeiner (unterstellbaren) Absicht, es zu verwenden. Ebenfalls neu ist die Ausweitung der vom Widerstand geplagten Beamten auf Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungsdienste.

Widerstand

Widerstand leisten gilt dem Recht nach wie bisher: „das -auch untaug-

liche oder erfolglose- Unternehmen, den Amsträger durch ein aktives Vorgehen zur Unterlassung der Vollstreckungshandlung als solche zu nötigen oder dieselbe zu erschweren" ([2] §113 Rdnr. 22.) Das heißt: Allein der Versuch zählt, es muss gar nicht dazu kommen und das übliche Gerangel auf Demonstrationen wie Losreißen, Stemmen gegen das Wegtragen oder Herauswinden aus einem schmerzhaften Griff reicht völlig aus, um dem Paragraphen Geltung zu verschaffen.

Abstrakte Gefahr

Deutlich zeigt sich insbesondere durch das nun absichtsvoll mitgenommene gefährliche Werkzeug, dass eigentlicher Widerstand gar nicht mehr nötig ist. Wie die Gefährlichkeit eines Gegenstandes bewerten, der nicht verwendet wurde? Die Tat wird antizipiert. Abstrakte, statistische Annahmen im Vorfeld legitimieren polizeiliche Eingriffe (vgl.: [4]).

Interessant ist auch, dass das Bundesverfassungsgericht eine Verurteilung aufgrund eines solchen „gefährlichen Werkzeuges“ z. B. in Form einer Fahnenstange oder eines Autos, die einem anderen Gericht als Waffe galten, für verfassungswidrig erklärte hat. (vgl.: [1]) Auch um diese Verfassungsprobleme „auszuräumen“ kam das neue Gesetz: Ein neuer Paragraph und der erzürnte Rechtspositivismus ist vollauf befriedigt.

Definitionsmacht

Die Bestimmungen des §113 werden auch in juristischen Zirkeln mit Bedenken beobachtet. Ein Blick in einen Standardkommentar der Zunft eröffnet dann auch die Mahnung zur

Verhältnismäßigkeit im Einzelfall und räumt den „großzügigen“ Spielraum der Beamten ein (vgl.: [2] §113 Rdnr. 13, 24). Grund ist der erhebliche subjektive Anteil, der sich hinter dem „ehrbaren Vollstrecker der Staatsgewalt“ ideologisch versteckt.



Auf Demonstrationen treten Beamte in komplexen, gewalttätigen Konfliktsituationen auf, zu denen sie nach eigener Kraft beitragen. Sie haben zunächst das Sanktionspotential festzulegen, was Gewalt gegen sie darstellt, sind im Demoverlauf selbst tätige Akteure und können sich dann später vor Gericht auch noch einer höheren Glaubwürdigkeit als scheinbar objektive und gerichtserfahrene Polizisten erfreuen. Die inhärente strukturelle Gewalt, (vgl.: [3]) die durch sie vollzogen wird, wird somit verschleiert.

Hört die Signale

Ein Paragraph würgt selten allein. Und so findet oft die Bestrafung des Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte nur in „leichteren Fällen“ statt. Es gibt mit der Körperverletzung (§223) oder auch dem Landfriedensbruch (§125) schärfere Möglich-

keiten der Verfolgung (vgl.: [3]). Was allerdings oft hinter diesen „leichteren Fällen“ zum Vorschein kommt, ist die perfide Praxis der Gegenanzeigen. Die vielfach vollzogene Dreistigkeit besteht darin, auf die Anzeige gegen einen Polizisten aufgrund seiner Gewalttätigkeit, mit einem unterstellten, vorhergehenden Widerstand gegen ihn selbst zu reagieren und die betroffene Person ebenfalls anzuzeigen. Mit aller Macht wird also gesetzt, dass der kampfbereite Beamte *an sich* immer nur reagiert. Einschüchterung und Entziehung des Opferstatus sind die Folgen, nachträgliche Legitimation polizeilicher Gewalt und ihre Verdunkelung ebenfalls.

Welch bodenlose Einsicht findet sich dann schlussendlich in der offiziellen Begründung für die Änderung des §113, in der es heißt, dass damit ein „klares Signal“ an die Einsatzkräfte ausgesendet werde!

Literatur

- [1] BVerfG. 2 BvR 2238/07. 1.9.2008.
- [2] Fischer. StGB. Beck, 59, Aufl. 2012.
- [3] Tobias Singelstein and Jens Puschke. Polizei, Gewalt und das Strafrecht - Zu den Änderungen beim Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. NJW, 3473, 2011.
- [4] Peer Stolle and Tobias Singelstein. Gefahr im Überfluss. Soziale Kontrolle und sozialer Ausschluss im 21. Jahrhundert. jungle world, 9/2007, 2007.

REPRESSION IN JENA

Rassistische Universität

Systematische Diskriminierung ausländischer Studierender durch die Verwaltung der Uni Jena

Knopfauge, Jena

Die Geschichte beginnt im Juli 2012, als wir (ein Deutscher und eine russische Staatsbürgerin mit dem gleichen Bachelorabschluss) uns für verwandte Masterstudiengänge an der Friedrich-Schiller-Universität Je-

na bewerben. Mein Freund J. bekommt kurz daraufhin seine Zulassung, wenige Wochen später folgt dann meine. Als wir die beiden Dokumente lesen, stellen wir fest, dass sie völlig verschieden aussehen. Die Zulassung für deutsche Bewerber ist

überhöflich und voller Willkommensgrüße, die für Ausländer ist sehr knapp gefasst und verweist lediglich auf das beiliegende Hinweisblatt - von Freude und Willkommensein findet sich darin kein Wort. In dem Hinweisblatt für ausländische Studienbe-

werber wird in einem extrem unhöflichen Kommandoton eine Reihe von Dokumenten sowie persönliches Erscheinen zur Immatrikulation gefordert. An mehreren Stellen wird in fett gedruckten unterstrichenen Textpassagen mit teilweise mehrfachen Ausrufezeichen und Zeigefingersymbolen mit dem Entzug des Studienplatzes gedroht, wenn die Bedingungen nicht erfüllt werden. Mein Freund weigert sich, sein Abiturzeugnis einzureichen mit der Begründung, dass das Bachelorzeugnis bereits zum Masterstudium berechtigt (so ist es auch im Thüringer Hochschulgesetz vorgesehen). Er wird kurz darauf immatrikuliert - per Antrag und postalisch. Mit der gleichen Argumentationsweise reiche ich mein Schulabgangszeugnis nicht nach, und darauf folgt ein wochenlanger Rechtsstreit.



Im Laufe dieser Auseinandersetzung ist uns der Kern des Problems klar geworden: Die Immatrikulation ausländischer Studierender erfolgt völlig getrennt von der der deutschen, weil zwei verschiedene Stellen für uns zuständig sind. Bei deutschen Studierenden erledigt alles das Studierenden-Service-Zentrum der Uni Jena. Für Ausländerinnen und Ausländer, ganz so, als ob sie keine „richtigen“ Studierenden sind, ist das Internationale Büro zuständig (die einzige Ausnahme hier sind so genannte Bildungsinländer, Menschen mit deutschem Abitur). Die Regeln sind also völlig unterschiedlich und das Internationale Büro darf machen, worauf es gerade Lust hat. Immatrikuliert wird dort nur persönlich kurz vor Vorlesungsbeginn, und ohne Schulzeugnis schon mal gar nicht. Von den meisten (linken oder international ausgerichteten) Gruppen, die wir um Hilfe gebeten hatten, bekamen wir nicht einmal eine Rückmeldung und auch in persönlichen Gesprächen werden wir meist nicht ernst genommen. Die Rote Hilfe in Jena war zum Glück

eine Ausnahme und hat uns einen Anwalt empfohlen, mit dessen Hilfe wir meine Immatrikulation auch ohne das Schulzeugnis in beglaubigter Übersetzung durchsetzen konnten. Leider bin ich nicht die Einzige und das Problem ist damit nicht gelöst.

Allein der Vergleich der Standorte lohnt sich: Das Studierenden-Service-Zentrum befindet sich direkt neben dem Eingang, hat einen geräumigen Wartebereich mit einem großen Tisch, weichen Stühlen, Bücherregalen, einen eigenen Eingang zur Cafeteria und sogar einen kleinen Computerpool. Das Internationale Büro dagegen ist schwer zu finden (Wegweiser gibt es auch keine), hat weniger Platz, ein Wartenummernsystem, Holzbänke zum Sitzen und zwei wackelige Stehpulte zum Schreiben. Die persönliche Immatrikulation, die ich durchmachen musste, während mein deutscher Freund bereits seit Wochen offiziell Student war, stellte sich für mich wie die meisten Anwesenden als völlig unnötig heraus, da fast alle bereits ihren Bachelorsabschluss in Deutschland gemacht haben und sich mit deutschen Universitäten bereits auskennen. Aber für das Personal des Internationalen Büros scheint so etwas nicht zu existieren: Auf allen Formularen finden sich nur Angaben zur Adresse in Jena oder zur Adresse im „Heimatland“ - doch was ist, wenn man schon seit Jahren in Deutschland lebt? Den richtigen Studierendenausweis bekommen die „Ausländer“ nicht, stattdessen ein Blatt Papier als vorläufigen Ausweis. Angeblich bekommt man die thoska (also den richtigen Ausweis), wenn man den Semesterbeitrag überweist, eine Krankenversicherung nachweist und eine Adresse in Jena hat. Die ersten beiden Sachen hatte ich bereits vor Wochen getan, die neue Adresse wurde am selben Tag mitgeteilt. Dennoch musste ich mich noch eine Woche lang mit einem Blatt Papier ausweisen. Mit dem vorläufigen Ausweis kann man keine Bücher in der Bibliothek ausleihen, man muss bei Fahrkartenkontrolle in der Strassenbahn den Pass vorzeigen, man muss sich damit in der Mensa ausweisen und wird sofort als ausländischer Bürger erkannt und man kann in den Wohnheimen keine Waschmaschinen benutzen. Bei mir ging das

eine Woche lang, bei anderen dauert das noch länger. Genauso gut könnten sie uns „Ausländer“ auf die Stirn schreiben. Gleichzeitig bekommt man nicht die Zugangsdaten für das online-Verwaltungssystem friedolin (Deutsche bekommen sie mit dem Ausweis per Post zugeschickt), ohne das man sich nicht für Lehrveranstaltungen eintragen kann. Dafür müssen ausländische Studierende das zentrale Rechenzentrum aufsuchen und um Hilfe bitten, damit ihre Accounts manuell freigeschaltet werden können. Dass das viel länger dauert und was für Konsequenzen für die Platzvergabe in Lehrveranstaltungen daraus entstehen können, brauche ich hier nicht zu erklären. Ausländische Studierende werden völlig unselbständig gemacht, damit man sie später bevormunden und „integrieren“ darf. Und wer integriert das Internationale Büro? Unsere deutschen Kommilitoninnen und Kommilitonen wissen es nicht, oder sie wollen es nicht wissen. Die gewaltsame Trennung verhindert erfolgreich jegliche Solidarität unter Studierenden. Und es geht sogar noch weiter: Das Wohnheim, in dem Studierende aus ärmeren Ländern untergebracht werden, ist das mit Abstand schlimmste Gebäude, das ich jemals in Deutschland gesehen habe. Es erinnert an ein Flüchtlingslager, völlig heruntergekommen, umgeben von einsturzgefährdeten Baracken, mit Gemeinschaftsduschen und -küchen und, laut Aushang, ohne rechtlichen Anspruch auf sofortige Reparatur bei Ausfall von Strom oder Warmwasser. Ich habe schon öfter gehört, wie deutsche Menschen sagen, Ausländern geht es doch ganz gut an der Uni, sie werden alle betreut und kriegen einen Wohnheimplatz. Ich habe keinen bekommen und bin im Nachhinein froh darüber - denn diese menschliche Müllhalde ist wohl der für mich vorgesehene Platz. Und „Betreuung“ ist wohl das Uni-Neusprech für rassistische Schikanen.

Noch ein paar Worte zu den Reaktionen der verschiedenen Stellen bei der Uni. Auf meine anfängliche Kritik an der Formulierung der Zulassungsbescheide antwortete eine Mitarbeiterin des Master-Service-Zentrums, das für Masterbewerbungen zuständig ist, sie möchte darauf verweisen, „dass es auch ausländische Studienbewerber

gibt, die die deutsche Sprache noch nicht so hervorragend beherrschen“ wie ich (Hier betone ich noch einmal: Die Schreiben sind grob formuliert, aber nicht einfach!). Auf meine Frage, warum ich nicht, wie Andere, per Antrag immatrikuliert werden kann und stattdessen persönlich erscheinen muss, antwortete dieselbe Mitarbeiterin, das Internationale Büro „führt eine zentrale, d.h persönliche Immatrikulation durch, um für internationale Studierende eine best mögliche Betreuung zu gewährleisten und den Studienstart so angenehm wie möglich zu gestalten“. Auf eine telefonische Nachfrage eines Mitglieds des Studierendenrates beim Internationalen Büro, wieso Studierendenausweise und notwendige Unterlagen für Ausländer nur an Adressen in Jena verschickt werden (Deutsche bekommen sie an eine beliebige

Adresse in Deutschland zugeschickt), behauptete eine Mitarbeiterin, dies passiere, um dem Erschleichen von Aufenthaltserlaubnissen vorzubeugen - die „Ausländer“ können ja so tun, als ob sie in Jena studieren, nur um in Deutschland bleiben zu dürfen. Was aus Menschen wird, die nicht so schnell eine Wohnung in Jena finden, interessiert sie nicht. Alle Ausländer sind potenzielle Betrüger und die Uni ist der Vorposten der Ausländerbehörde. Von Seiten des StuRa hieß es zum Wohnheim in der Naumburger Straße, das sei gar nicht für ausländische Studierende gedacht und es liegt nur am (etwas geringeren) Mietpreis, dass hauptsächlich Menschen aus ärmeren Ländern dort landen. Theoretisch könnte man sich auch als Deutsche(r) dort um ein Zimmer bewerben. Wir haben das überprüft. Auf der Seite des Studenten-

werks Thüringen ist dieses Wohnheim in der deutschsprachigen Auflistung der Wohnanlagen nicht zu finden - dafür aber in der englischsprachigen. Es wird auch weiter so gehen, wenn niemand die Zustände hinterfragt und versucht, dagegen zu kämpfen. Wir fordern transparente und nach Möglichkeit gleiche Zulassungs- und Immatrikulationsverfahren, gemischte Wohnheime und Aufhebung der Trennung nach Herkunft. Studierende gehören zusammen. Wir finden leider keine gescheite antirassistische Gruppe, die sich der Sache annimmt, und bisher ging der Protest von wenigen Einzelpersonen aus. Deswegen brauchen wir dringend eure Solidarität, um uns organisieren zu können! Erzählt das weiter.

■ Kontakt: knopfauge@riseup.net

REPRESSION IN ERFURT

Kritik der Parole A.C.A.B

Rote Hilfe, Erfurt

Auch wenn es zahlreiche lustig gemeinte Deutungen der Abkürzung A.C.A.B. gibt, so bleibt die dahinterstehende Bedeutung trotzdem „All Cops are Bastards“. Warum wir das kritisierenswert finden, könnt ihr hier lesen.

In diesem Artikel soll es nicht darum gehen, dass die Polizei nicht zu beleidigen ist, sondern um eine Auseinandersetzung mit dem Wort 'Bastard'. Es spielt für uns in dieser Auseinandersetzung keine Rolle, wie die Justiz diese Parole bewertet*.

„Nicht, dass wir den Berufsstand der Polizisten auf einmal anders betrachten und für nicht „beleidigungsfähig“ halten würden, oder wir fänden, es gäbe doch auch „nette“ Beamte unter ihnen. Sowohl die alltäglichen Erfahrung der Polizeigewalt als auch die analytische Bewertung im Zusammenhang mit der Funktion von Polizei bei der Sicherung des Eigentums im Kapitalismus stehen dem entgegen. Der politische Sinn davon, Polizeibeamte zu beschimpfen, sei mal hintenangestellt und mag anderswo

erörtert werden. Das Problem ist ein „Schimpfwort“, das keines ist. Es sei denn, mensch ist glühende*r Verfechter*in der Eheschließung oder Rassist*in. Für Faschist*innen also gar kein Problem. Merkwürdig nur, dass sich als links Verstehende ebenfalls kein Problem damit zu haben scheinen“ (Rote Hilfe Zeitung, 3.2012, S.8).

Bastard war ursprünglich die Bezeichnung für ein Kind zwischen Nicht-Verheirateten, von denen ein Elternteil aus einem niedrigeren gesellschaftlichen Stand kommt. Der Begriff wurde im Laufe der Zeit zu einem beleidigenden und abwertenden Begriff.

Bastard findet sich auch in der Biologie und bezeichnet eine*n unfruchtbare*n Nachkommen von Eltern unterschiedlicher Rassen. Zunächst für Tiere verwendet, wurden auch Menschenkinder von Eltern unterschiedlicher Hautfarben so bezeichnet. Mit der Verbreitung der Rassentheorie im Nationalsozialismus ging die Zwangssterilisierung oder Tötung der Menschen, die als Bastarde eingeordnet wurden, einher. Somit ist die Nut-

zung dieses Begriffs rassistisch, biologistisch, sexistisch, konservativ und klassistisch!

„Wer diesen Begriff mit sich herumträgt, an Wände malt oder auf Demonstrationen ruft, hat sich für zumindest diesen Zeitraum von allem linken, emanzipatorischen, antifaschistischen, antisexistischen, klassenkämpferischen Bewusstsein Urlaub genommen.“ (Rote Hilfe Zeitung, 3.2012, S.8)

Lasst uns neue Parolen finden!

* Dazu nur kurz: Es gibt bundesweit unterschiedliche Urteile. Oft gab es auf Demonstrationen schon Bußgelder wegen Beleidigung oder Ordnungswidrigkeiten. Beleidigungen können sich eigentlich nur auf abgeschlossene Gruppe von Menschen beziehen, aber nicht auf eine nicht ausreichend definierte Gruppe. Nichtsdestotrotz gibt es unterschiedliche Verurteilungen je nach gedeuteten Umständen. Die Parole ist nicht strafbar, wenn eine unübersichtliche Masse von Menschen beleidigt wird.

REPRESSION IN JENA

Anquatschversuch in Jena

Rote Hilfe, **Jena**

Am 17.10. wurde ein Genosse vor seiner Wohnung von einem „Tim Klein“ vom Landesamt für Verfassungsschutz angequatscht.

Der Mann klingelte gegen Mittag an der Tür und stellte sich als „Tim“ vor. Bei Nachfrage zeigte er seinen VS-Ausweis, der ihn als „Tim Klein“ auswies. Der Genosse erklärte ihm, dass er nichts mit ihm zu besprechen hätte und verließ das Haus. Der Spitzel rief ihm hinterher, er solle doch mit ihm sprechen, er würde schließlich nicht „Anna und Arthur“ heißen und nannte ihn dabei bei seinem Spitznamen. Außerdem bat der VSler ihn, doch wenigstens anzuhören, was ein „Auslaufmodell“ zu erzählen hätte. Der Genosse ignorierte diese peinlichen Bitten und ließ „Tim Klein“ stehen.

Der Mann, der sich als „Tim Klein“ ausgibt, ist 1,65m-1,70m groß, von sportlicher Statur und Mitte 30. Er hat kurzes schwarzes Haar, das Geheimratsecken zeigt und mit

Gel frisiert ist. Außerdem trug er beim Anquatschversuch eine Brille mit schwarzem Rahmen, ein weißes Shirt mit Aufdruck, eine helle Jacke und eine Jeans. Nachdem er abgewiesen wurde, stieg er in einen neueren grünen VW Golf mit dem Kennzeichen J- TR 592 (oder 952). Der gleiche Typ war im letzten April in Ilmenau unterwegs. *

■
Wenn ihr vom VS angequatscht werdet:

- Lehnt jedes Gespräch konsequent ab und lasst euch nicht einwickeln!
- Merkt euch möglichst genau, wie die Person, die euch anspricht, aussieht, was sie für ein Auto fährt etc.
- Wendet euch an eure Rote Hilfe Ortsgruppe und macht gemeinsam den Anquatschversuch öffentlich!

(*) <http://rotehilfesth.blogspot.de/2011/04/20/ilmenau-der-verfassungsschutz-ist-interessiert/#more-12>

REPRESSION WELTWEIT

Von den griechischen Straßen

Ein paar Worte aus den Arrestzellen im 7. Stock des Athener Polizeihauptquartiers

Rote Hilfe, **Erfurt**

Der folgende Bericht richtet den Blick über den deutschen Tellerand hinaus nach Griechenland. Die verschärfte ökonomische Krise trifft dort große Teile der Bevölkerung, aber vor allem Andersdenkende und Migrant_innen. Dieser Brief stellt die aktuelle Situation antifaschistischer Aktivist_innen zwischen brutaler Repression der Polizei und den gewalttätigen Übergriffen der Nazis von "Golden Dawn" dar.

Obwohl bereits 3 Tage seit unserer Gewahrsamnahme während der antifaschistischen Motorrad-Demonstration und der nicht genehmigten Plakatierung am Sonntag, den 30.9. vergangen sind, denken wir, dass es auch jetzt noch nötig ist, ein paar Dinge klarzustellen.

Nach einem Aufruf vom 30.9. fand in der Innenstadt Athens eine antifaschistische Motorrad-Demonstration statt. Diese Demonstration startete im Exarchia-Viertel. Sie war eine Antwort auf die faschistischen Pogrome und die Angriffe von faschisti-

schen Banden auf Migrant_innen, die in vielen Gegenden von Zentral-Athen stattfanden. Diese faschistischen Banden geben sich aus als „Komitees von Anwohnern oder Ladenbesitzern“ und agieren mit Unterstützung offizieller Stellen.

Im Augenblick geht es uns nicht darum, die Verbindung zwischen der griechischen Polizei und Golden Dawn/Crissi Avgi [Faschistische Partei Griechenlands] zu analysieren oder zu erklären. Das wurde schon anderswo ausreichend getan.

Kurz nachdem die Demonstration von den faschistischen Golden Dawn angegriffen wurde, gab es einen weiteren Angriff der DELTA Motorrad-Polizei, die vorher die Demonstration hinten und an den Seiten umschlossen.

Am Ende wurden 15 antifaschistische Kämpfer, Männer und Frauen, festgenommen. Sie wurden an den Armen, Beinen und am Kopf verletzt. Außerdem benutzten die Cops auch Taser (Elektroschock-Waffen).

Wir wurden in den 6. Stock des

Athener Polizeihauptquartiers geschafft. Dort erwarteten uns Leute vom Staatsverfassungsschutz. Während man uns dort über Nacht festhielt, wurden wir bedroht, geschlagen, an den Haaren gezogen und mit Zigaretten verbrannt. Die Cops der DELTA-Teams machten von uns Fotos für ihre privaten Fotoalben.

Bedrohungen wie „Da wir nun wissen wer ihr seid, werden wir euch wie eure Großeltern aus dem Bürgerkrieg begraben!“ sind symptomatisch für die terroristische Repression der DELTA-Teams. Uns wurde für 19 Stunden nicht erlaubt mit Anwälten oder Ärzten zu kommunizieren. Am nächsten Tag machten sie eine Vorführung, um unsere Verdächtigen-Profile aufzunehmen. Danach schafften sie uns zu den Schnellgerichten der ehemaligen Evelpidon Militärschule.

Während wir noch vor Gericht waren, griffen Aufstandsbekämpfungseinheiten der Polizei die Versammlung unserer Soligruppe an und schlugen viele von ihnen heftig zusam-

men. Weitere 25 Personen wurden festgenommen und 4 von ihnen angeklagt. Nach ihrer Festnahme wurden Sie auch in den 6. Stock des Athener Polizeihauptquartiers geschafft. Dort wurden an ihnen die selben einschüchternden Methoden, einschließlich demütigender Vollkörperuntersuchungen vollzogen. Mit einer beispiellos rachsüchtigen Entscheidung wurde die Gewahrsamnahme der vier Angeklagten um 3 Tage verlängert (bis Freitag) und die zeitweise Gewahrsamnahme der 15 ursprünglichen Gefangenen auf Donnerstag erweitert.

Sie brachten uns zu den Arrestzellen in den 7. Stock des Polizeihauptquartiers in einen überfüllten Block. Der Block war ursprünglich für 30 Leuten gedacht. Nun „leben“ hier 80 Leute in einem unglaublich verwar-

losten Zustand. Offensichtlich sollen die Leute hier „gebrochen“ werden. Jedoch stießen wir hier auf ein außergewöhnliches Gefühl der Solidarität von Leuten, die hier bis zu 3 Monate lang „vergessen“ wurden.



Motorisierte Delta-Polizei

Mit der „ökonomischen Krise“ werden immer mehr Leute in Armut und Mittellosigkeit getrieben, Sozialkannibalismus wird als eine Tugend gefeiert, Faschismus gewinnt immer

mehr an Zulauf in unseren Gemeinden, die staatlichen Offensive wird an allen Fronten intensiviert. In dieser Zeit sind Selbstorganisation, Solidarität und direkte Aktion nicht nur die einzigen Möglichkeiten, die Furcht zu bekämpfen, die Staat und Faschisten uns aufzwingen; sie sind auch die Perspektive einer anderen sozialen Organisation.

Man muss vollständig begreifen, was Faschismus bedeutet.

Faschismus wird nicht einfach aus sich vergehen, man muss ihn selbst zerstören!

Die Gefangenen vom 30.9 und 1.10. (Einige von uns sind stolze Nachkommen der anarcho-kommunistischen Brigand_innen/Symmoriten)

Übersetzung eines Briefes aus dem Englischen von: <http://blog.occupiedlondon.org/2012/10/04/a-few-words-from-the-detention-cells-on-the-7th-floor-of-the-athens-police-headquarters/>

REPRESSION IN WEIMAR

Kein Bock auf Dienstnummer

Nachfragender Demonstrant verletzt und verklagt

Rote Hilfe, **Weimar**

Am 15.10.2011 fand in Weimar ein Aufmarsch von etwa 35 Neonazis aus dem Umfeld der „Freien Kräfte“ und der „Autonomen Nationalisten“ statt. Auf der gleichzeitig stattfindenden Demonstration des Bündnisses gegen Rechts (BGR) waren ca. 250 Menschen. Nach der Gegendemo bewegten sich noch viele Menschen in der Nähe der Naziroute, um Blockadeversuche zu unternehmen oder einfach nur, um zu protestieren. Ein Teilnehmer wurde dabei von einem Polizisten gegen einen spitzen Zaun gestoßen und schwer an der Hand verletzt. Als er daraufhin die Dienstnummer des Beamten verlangte und sie wiederholt einforderte, wurde er von drei anderen Beamten zu Boden gebracht und durch seine Festnahme daran gehindert, in Erfahrung zu bringen, welcher

Beamte ihn verletzt hatte. Erst viel später nach der polizeilichen Personenfeststellung wurde endlich ein Krankenwagen gerufen, der ihn versorgen konnte.

Ein paar Monate darauf bekam er einen Strafbefehl in Höhe von 1600 Euro. Der Vorwurf: Zweifacher Widerstand (§113 StGB), Körperverletzung (§240) und Beleidigung (§185). Dagegen legte er Widerspruch ein, so dass es zu einem Gerichtsverfahren kam. An dem Verhandlungstag vor dem Amtsgericht Weimar wurde selbstverständlich keinesfalls die Körperverletzung, die der Demonstrant erlitten hatten, verhandelt. Das Video der Beweissicherungseinheit war geschnitten und begann erst, nachdem die Verletzung am Zaun geschehen war. Die Begründung lautete, dass es sich um unwichtiges Material handle. Eben-

falls gaben die aussagenden Beamten zu, dass sie sich das Beweisvideo angesehen hatten, bevor sie ihren Bericht schrieben. Auf Nachfrage der Verteidigung, wieso die Polizeiakten unvollständig seien, gab der Beamte frank und frei zu, dass er eine Vorauswahl treffe, was in die Akte komme und was nicht: „Das entscheide ich objektiv für mich“...

Als abschließenden Kommentar kann dann wohl nur noch die Antwort wiedergegeben werden, die ein Beamter auf die Frage der Richterin gab, wer das Niederwerfen und Festnehmen denn angeordnet habe: Sie kamen „vom Führer per Funk“.

Das Verfahren ist gegen eine Zahlung von 300 Euro an einen Verein eingestellt worden.

REPRESSION IN JENA

Die alltägliche Unterdrückung

Verstärkte Polizeikontrollen und Durchsuchungen in Jena

Rote Hilfe, Jena

Wie die Jenaer Polizei bereits in einer Pressemitteilung (OTZ, 15.6.2012) mitteilte, kontrolliert sie seit Jahresbeginn verstärkt Passant_innen, um Drogenkonsument_innen dingfest zu machen. Ihr Raster ist dabei relativ einfach gestrickt: Jugendliche und junge Erwachsene, die gern weite Hosen und Kapuzen-Pullis tragen. Unterschiedlichen Erfahrungsberichten zufolge scheint dieses stupide Muster sogar umgesetzt zu werden. So gab es im Laufe der vergangenen Monate verstärkt Personenkontrollen im Innenstadtbereich, bei denen versucht wurde, den Konsum illegaler Drogen nachzuweisen und den Besitz selbiger festzustellen. Teilweise wurden dafür Kontrollstellen eingerichtet, die als Verkehrskontrolle anfangen, bei vielen aber auch die Durchsuchung von Taschen uvm. nach sich zogen. Prägnante Punkte waren hierfür bisher die Westbahnhofstraße, Johannisstraße, der Holzmarkt, Am Planetarium und die Saalstraße (Kreuzung Steinweg/Löbdergraben). Neben Radfahrer_innen und der oben genannten Zielgruppe werden aber auch immer wieder Menschen nach ihren Papieren gefragt, denen aufgrund rassistischer Muster eine andere als die deutsche Staatsbürgerschaft unterstellt wird. Gelegentlich waren aber auch rund ums Kassablanca, auf den Sofatagen oder ums Glashaus im Paradiespark Zivis bis in die frühen Morgenstunden unterwegs, die Menschen auf dem Nachhauseweg aufhielten und filzten bzw. in flagranti beim Konsum erwischen wollten.

Gezogene Pistolen und spontane Hausdurchsuchungen

Es bleibt aber in vielen Fällen nicht nur bei Drogentests oder Kleinststrafen für fehlendes Licht am Rad. Bei einigen Betroffenen drängten die Beamt_innen sofort auf eine Hausdurchsuchung, was in mindestens einem Fall

verweigert wurde. In einem anderen Fall blieb es zunächst bei der Taschenkontrolle auf offener Straße, wobei nichts Kriminalisierbares festgestellt wurde. Trotzdem tauchte die Polizei am frühen Morgen in der Wohnung der betroffenen Person auf, um diese umfassend zu durchsuchen. Mehreren Sprayer_innen passierte es, dass sie, nachdem ihnen eine Tat unterstellt wurde, gedrängt wurden, die Beamt_innen sofort zu ihrer Wohnung zu führen, was in mehreren Fällen auch befolgt wurde und zu weiteren Anzeigen führte.



In einem Fall vom 21.9.2012 trieben es die Uniformierten noch ein Stück weiter: Drei Personen waren gegen Mitternacht auf dem Nachhauseweg von einer Feier im Paradies, als sie eine ihnen folgende Polizistin in weiter Distanz ausmachten. Die drei gingen im selben Tempo weiter. Auf Höhe des Amtsgerichts (Felsenkellerstraße) wurden sie plötzlich von hinten angeschrien: Stehenbleiben! Obwohl die Personen stehenblieben und sich umdrehten, wiederholte der Polizist den Befehl noch zweimal, zog seine Waffe und richtete sie auf die Betroffenen. Ihnen wurde dann unterstellt, kurz vorher ein Graffiti an eine Wand angebracht zu haben. Nach der Personalkontrolle musste einer der drei seine Hände vorzeigen. Als sein Begleiter diese Prozedur aus der Nähe verfolgen wollte, wurde ihm ein Platzverweis ausgesprochen. Der knarrengelie Beamte stellte sich während der entstehenden Diskussion als Herr Taubert vor und ließ verlauten, dass man

sich diesen Namen schon mal merken solle. Nachdem sich der Vorwurf nicht erhärten ließ, ließen die Beamt_innen die Gruppe weitergehen, nicht ohne in Bezug auf das gewaltsame Auftreten mit Schusswaffe anzufügen: „Bei solchen wie euch muss man halt dominant auftreten!“

Von Gebissenen, die nicht bellen

Offensichtlich fühlt sich die Jenaer Polizei äußerst sicher bei ihren ausufernden Repressalien rund um die Innenstadt. Die meisten Betroffenen fügen sich allen Anweisungen der Uniformierten, informieren sich auch im Nachhinein nicht über ihre rechtlichen Möglichkeiten und behalten des Erlebte für sich. Das führt zu einem dazu, dass die Polizei unabhängig von der Rechtmäßigkeit vieler Maßnahmen diese weitestgehend etabliert. Zum anderen führt dies aber auch dazu, dass kaum ein Austausch über die Vorgehensweise, über persönliche Schwierigkeiten mit der Verarbeitung des Ohnmachtgefühls und über die Möglichkeit, sich gegen diese Verhältnisse zu wehren, entsteht. Einige wenige Betroffene haben sich mittlerweile auch über die Rote Hilfe ein wenig Grundwissen und Basismaterial zu Aussageverweigerung und Hausdurchsuchungen besorgt. Solange diese Praxis allerdings noch nicht einmal rechtlich, geschweige denn auf politischem Weg Widerstand erfährt, schreitet die Säuberung der Innenstadt von nicht normierbaren Verhaltensweisen weiter fort. Es geht hier nämlich keinesfalls, wie die Polizei behauptet, um die Eindämmung des Drogenhandels: Im Fadenkreuz der Repression befinden sich die Konsument_innen, bei denen selten mehr als einstellige Gramm-Mengen illegaler Substanzen gefunden werden. Es geht um die Etablierung einer kontrollierten, gesäuberten Innenstadt. ■

REPRESSION IN JENA

Triumph der Provinz?

Antireppgruppe industr. Reservearmee, Jena
Mit je 360 Euro Geldstrafe belegt das Amtsgericht Jena, genauer Richter Litterst-Tiganele, zwölf Menschen, denen er vorwarf, Sachbeschädigungen im Jenaer Stadtgebiet verübt zu haben.

Was war geschehen? Am 30. April 2011 zog im Rahmen eines Stadtrundganges eine Gruppe von Menschen durch Jena, um sich Orte anzusehen, die für schlechte Lebens- und Arbeitsbedingungen stehen. Eingeladen hatte das Bündnis „Industrielle Reservearmee“. Begleitet wurde diese kleine Aktion von Informationen zu den einzelnen Orten. Jeder der ausgewählten Punkte wurde mit einer kleinen Skulptur geschmückt, einem Paar Schuhe in Beton gegossen. Die Skulpturen wiederum wurden mit Fußspuren verbunden, um den Zusammenhang zwischen Jobcenter, dem Minilohn im Friseurgewerbe und den prekären Beschäftigungsverhältnissen an der Universität zu markieren.

Entlang der „Glasfassaden, Einkaufszentren auf der Linken und Rechten“ und mit einer „Stippvisite in der Universität“ führte der Stadtrundgang durch die „Wissenschafts-, Industrie- und überhaupt Leuchtturmstadt... wie man sie aus den Prospekten kennt“, wie es in dem dabei verteilten Informationsblatt heißt. „Es ist gelungen, mit einer relativ

kleinen Aktion, die sauberen Fassaden zu stören, die gewöhnlich das Stadtbild prägen“, sagte Annekathrin Manger damals für das Bündnis. „Wir wollten an der Selbstdarstellung Jenas als Leuchtturmstadt kratzen und auf die oftmals prekären Lebenssituationen vieler hier hinweisen, die für gewöhnlich unsichtbar bleiben. Das ist uns damit auch gelungen, wie uns Passantinnen bestätigten.“

Es ist zu gut gelungen, muss man annehmen. Kurz darauf waren Ermittlungen wegen des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz eingeleitet worden. Der Oberbürgermeister Albrecht Schröter stellte im Namen der Stadt einen Strafantrag, um die Verfolgung sicherzustellen. Knapp ein Jahr später flatterten die Strafbefehle in die Wohnungen von zwölf Leuten, von denen die Staatsgewalt annimmt, sie hätten jene Fußspuren aufgebracht - oder doch zumindest über ihre Anwesenheit sichergestellt, dass „die Täter“ dies tun konnten. Beihilfe nennt es die Staatsanwaltschaft, ein Vorwurf, den man sowohl bei den Pogromen in Rostock Lichtenhagen vor 20 Jahren als auch in den Beamtenstuben im Zusammenhang mit dem NSU wohl vergeblich suchen wird.

Gegen die Strafbefehle wurden Widersprüche eingelegt. Es wird also zu einer öffentlichen Hauptverhandlung kommen. Womit darf man also rechnen? „Eine Zensur findet nicht

statt“ heißt es im Grundgesetz und eben so wird das Gericht wohl auch auftreten: Da es keine politische Prozesse geben darf, wird man sich mit der Abwaschbarkeit und Abriebfestigkeit von handelsüblicher Wandfarbe beschäftigen. Vermutlich entblödet sich „das Gericht“ auch nicht, seine allgemeine Sympathie für das Anliegen zu bekunden, gegen das man ja nichts habe, allein das Mittel...

Weitaus ehrlicher - und also denkbar unwahrscheinlich - wäre folgendes Szenario: Das Gericht schließt sich einem Kommentar aus der Lokalpresse an. „Zum Glück beschränkte man sich auf ausgewählte Objekte, um hinter angeblich saubere Fassaden zu blicken. Wie würde denn das aussehen, wenn die Leuchtturmstadt des Ostens mit weißen Fußspuren übersät wäre! All die Firmen kennzeichnend, die sich nicht schämen, immer noch weniger als vier Euro die Stunde zu zahlen“ - und setzt noch einen drauf, indem man sich bei den Angeklagten bedankt, denn angesichts der Lebensrealität ist etwas Farbe auf Jenas Straßen doch ein recht leises und schmerzloses Mittel des Protests.

Offen gezeigte Solidarität ist wichtig. Der Prozess braucht Besucherinnen. Der noch ausstehende Termin wird auf der Homepage der Roten Hilfe Jena bekanntgegeben. ■

für
SOLIDARITÄT
UND
Versammlungsfreiheit
Kapitalismus und STAATLICHE Repression
bekämpfen

Kontaktadressen der Roten Hilfe in Thüringen

Erfurt	Jena	Südthüringen	Weimar
erfurt@rote-hilfe.de rotehilfeerfurt.blogspot.de	jena@rote-hilfe.de rotehilfejena.blogspot.de	sth@rote-hilfe.de rotehilfesth.blogspot.de	weimar@rote-hilfe.de rhweimar.blogspot.de
c/o Offene Arbeit Erfurt Allerheiligenstraße 9 99096 Erfurt	Schillergässchen 5 07745 Jena	c/o Infoladen Arnstadt Plauschestraße 20 99310 Arnstadt	Jacobstr. 22 99423 Weimar
jeder 2. Donnerstag im Monat 19 Uhr im Filler (Schillerstraße 44)	jeden 2. und 4. Mitt- woch im Monat 19-21 Uhr im Infoladen (Schillergäss- chen 5)	nach Absprache	jeder 1. Dienstag im Mo- nat 17-19 Uhr in der Ger- berstraße 1
Tel.: 0157 88130693	Tel.: 03641-449304 (während Sprechzeit)		
Kntnr: 4007 238 352 Blz: 430 609 67 (GLS)	Kntnr.: 4007 238 309 Blz: 430 609 67 (GLS)	Kntnr: 4007 238 353 Blz: 430 609 67 (GLS)	

Bitte werdet Mitglied und sammelt Spenden für die gemeinsame Arbeit, um andere Menschen zu unterstützen!



BEITRITTSERKLÄRUNG / EINZUGSERMÄCHTIGUNG:

- Ich erkläre meinen Beitritt zur Roten Hilfe e.V.
 außerdem bin ich an aktiver Mitarbeit interessiert.
 Ich möchte regelmäßig den E-Mail-Newsletter erhalten.
 Ich zahle per Dauerauftrag
 Ich ermächtige den Bundesvorstand der Roten Hilfe, jederzeit widerruflich, meinen Beitrag jeweils zu Beginn des Fälligkeitsdatums zu Lasten meines unten angegebenen Kontos durch Lastschrift einzuziehen. Innerhalb von 6 Wochen kann ich bereits vollzogene Lastschriften wieder rückgängig machen. Von mir verursachte Rücklastgebühren (Rückbuchungen z. B. bei ungedecktem Konto) gehen zu meinen Lasten und können ebenfalls von meinem Konto abgebucht werden.
- Ich zahle einen Mindestbeitrag von
 jährlich 90,- € anderer Betrag
 halbjährlich 45,- € anderer Betrag
 vierteljährlich 22,50 € anderer Betrag
 monatlich 7,50 € anderer Betrag
- Ich zahle einen Solibetrag von jährlich 120,- € monatlich 10,- €
- Der Normalbeitrag beträgt monatlich 7,50 €, der ermäßigte Mindestbeitrag (für SchülerInnen, Erwerbslose usw.) 3,- €
- Ich bin schon Mitglied und erhöhe meinen Beitrag auf

Vorname und Name

Straße und Hausnummer

PLZ, Wohnort

Telefonnummer

e-mail

Name und Ort des Kreditinstituts

BLZ

Kontonummer

Datum und Unterschrift

* V.i.S.d.P.: H. Lange * Postfach 3255 * 37022 Göttingen *